



NÖN Niederösterr. Nachrichten
22.03.2026

NÖNPLUS | Kampf ums Gmünder Spital **640 Unterschriften für Volksbefragung zur Krankenhaus-Klage abgegeben**

ERSTELLT AM 22. MÄRZ 2026 | 04:00

GMÜND - BAD GROßPERTHOLZ



Markus_Lohninger



#LKGmündbleibt-Obfrau Tamara Schöngibl und Beirats-Mitglied Thomas Miksch brachten die gesammelten Unterschriftenlisten am Freitag im Gmünder Rathaus ein.

FOTO: privat

Initiativantrag für Volksbefragung zum Einklagen der Krankenhaus-Standortgarantie bei Land NÖ bzw. LGA: Ziel von Verein #LKGmündbleibt binnen dreier Tage mehr als erreicht. Mobilisierung für Gesundheitsstandort auch in Bad Großpertholz.

Eindeutiger Stimmungstest in der Gmünder Bevölkerung zur Frage des Umganges mit der geplanten Schließung des Landeskrankenhauses: Der Verein #LKGmündbleibt sammelte in der Stadt binnen dreier Tage etwa 640 Unterschriften für einen Bürger-Initiativantrag, durch den eine Bürgerbefragung hinsichtlich einer Klage auf Einhaltung der Standortgarantie im Gemeinderat angeordnet werden soll. 640 sind deutlich mehr als die in der Gemeindeordnung geforderten zehn Prozent der gut 4.100 Wahlberechtigten.

Mit dem Stapel der gesammelten Unterschriftenlisten wurde der Antrag am 20. März durch Obfrau Tamara Schönsgibl, zustellungsberechtigte Vertreterin des Initiativantrags, sowie Stadtrat und Beirats-Mitglied Thomas Miksch im Stadtamt eingebracht. Die Bevölkerung solle in den Fragen des Fortbestandes und der rechtlichen Absicherung des Krankenhauses ein Mitspracherecht haben, heißt es aus dem Verein: So gut wie alle Angefragten hätten bereitwillig unterschrieben.

„Mit diesem Initiativantrag wollen wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen und ihre Stimme in dieser entscheidenden Frage zu erheben“, sagt Tamara Schönsgibl. Der Antrag sei von #LKGmündbleibt mit dem „klaren Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern in einer zentralen Zukunftsfrage der Region eine direkte Stimme zu geben“, ausgearbeitet worden.

Abgestimmt werden soll nach dem Wunsch der Unterzeichner über folgende Fragestellung: „Soll der Gemeinderat Gmünd (NÖ) ehestens die Einbringung einer zivilgerichtlichen Klage auf Einhaltung der Standortgarantie in dem zwischen dem Land Niederösterreich und der Stadtgemeinde Gmünd am 30.11.2004 geschlossenen Übernahmevertrag für die Weiterführung des Krankenhauses Gmünd beschließen?“

Die Initiatoren streichen die Wichtigkeit des Spitals für die Region hervor. Nur durch dessen Erhalt sei eine wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung langfristig gesichert.

Soll die Stadt klagen? Verein will Volksbefragung zu Standortgarantie

Stadtrat verständigte sich auf Anwalt. Schon am 16. März hatte sich auch der Gmünder Stadtrat wie berichtet auf die nächste Stufe am Rechtsweg zur Einhaltung der im Übergabevertrag ans Land NÖ zugesicherten Garantien zur öffentlichen Gesundheitsversorgung verständigt. Der Gemeinderat soll in seiner Sitzung am 27. März den auf das Krankenanstaltenrecht spezialisierten Wiener Anwalt Christian Kuhn mit der Vorbereitung einer Klage zur Frage vorbereiten, ob die geplanten Änderungen am Gesundheitsstandort mit den 2004 zugesagten Garantien vereinbar sind.

Jetzt fix: Gmünd lässt Experten Klage gegen Spitals-Aus vorbereiten

Auf politischer Ebene machte indes soeben Bürgermeister Manfred Grill aus Bad Großpertholz für den Erhalt des Krankenhauses mobil. Er verdeutlichte der Gesundheits-Landesrätin Eva Prischl (SPÖ) bei einem Besuch in der Marktgemeinde den Unmut in der Bevölkerung des Bezirkes über die geplante Spitals-Schließung und „unzumutbare Wartezeiten“ bei Krankenhaus-Transporten. Grill forderte Prischl auch zu einem stärkeren Einsatz für den Bezirk und dessen Anliegen im Landtag auf – und dazu, die „getroffenen Entscheidungen zum Wohle des ohnedies benachteiligten Bezirkes Gmünd nochmals zu überdenken“.



Auch der Besuch des Gesundheitshotels Bad Großpertholz stand für Landesrätin Eva Prischl an der Tagesordnung. - Im Bild mit Bürgermeister Manfred Grill und Kurdirektorin Bernadette Kitzler.

FOTO: Marktgemeinde Bad Großpertholz

„Keine Ignoranz, sondern Dialog mit Betroffenen.“ Bürgermeister Grill kam auch auf eine für 23. April in St. Pölten geplante, gemeinsame Demo etlicher Initiativen für eine Neuverhandlung des Gesundheitsplans 2040+ zu sprechen (10.45 Uhr, vom Bahnhof zum Landhaus; [hier geht's zu näheren Infos](#)). Seine Forderung: Man erwarte sich dabei „ernsthaftes Gehör seitens der NÖ Landesregierung“ und „keine Ignoranz, sondern den Dialog mit den Betroffenen“.